

Niederschrift der 24. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee am Montag, dem 17.08.2021 in der Sporthalle Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee

öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr bis 20:35 Uhr

Teilnehmer: **Fraktion DIE LINKE**
Janke, Tobias

Fraktion CDU
Porath, Dargo
Thiele, Andreas
Wildenhein, Udo

Fraktion SPD
Daske, Bert

Fraktion UWG
Boss, Theo
Kosicki, Thomas
Pehnert, Dirk
Schuster, Antje
Tscherwinka, Maik

Freie Wähler
-

AfD
Elsner, Dieter

Entschuldigt:	Broshog, Frank	Bürgermeister
	Kruppa, Judith	DIE LINKE
	Schulze, Doreen	DIE LINKE
	Koch, Ingo	SPD
	Borkowski, Wilfried	UWG
	Hänsel, Milan	Freie Wähler

Verwaltung:	Richter, Christina	(stellvertretende Bürgermeisterin und Teamleiterin Team I)
	Gast, Ulrike	(Teamleiterin Kämmerei)
	Gonschorek, Carolin	(Sachgebietsleiterin Ordnungsamt)
	Zehler, Sven	(Schriftführer)

Aw. geladene Gäste:	Müller, Dirk	(Bereichsleiter Verkehrsplanung und Qualitätsmanagement, VTF GmbH)
----------------------------	--------------	--

Tagesordnung öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zur Niederschrift der 23. Sitzung - öffentlicher Teil -
5. Bericht des Bürgermeisters – wird entfernt
6. Einwohnerfragestunde
7. BSV 115/24/2021 - Einrichtung eines Rufbus-Systems in der Gemeinde Am Mellensee
8. BSV 116/24/2021 - 1. Änderungssatzung zur Kita-Gebührensatzung der Gemeinde Am Mellensee
9. BSV 117/24/2021 - Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee
10. BSV 118/24/2021 - B-Plan „Rehagener Bahnhofstraße“ in der Gemeinde Am Mellensee, OT Rehagen; Straßennamenbenennung der Planstraßen
11. Stellungnahme der Gemeindevertretung zur Thematik Naturpark „Baruther Urstromtal“
12. Information der Wahlleiterin und die daraus resultierende Sachlage für den Ortsteil Kummersdorf-Gut
13. Auswahl- und Berufungsverfahren für den Kinder- und Jugendbeauftragten
14. MV 12/24/2021 - Stand des Haushaltsvollzugs zum 30.06.2021
15. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
16. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind insgesamt 11 Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Vertretung des Bürgermeisters anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Die stellvertretende Bürgermeisterin beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 5 von der Tagesordnung entfernt wird, da der Bürgermeister nicht anwesend ist. Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte bleibt bestehen.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 23. Sitzung - öffentlicher Teil –

Es liegen keine Einwendungen zur Niederschrift vor.

Zu 5. Bericht des Bürgermeisters – wird entfernt

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag der stellvertretenden Bürgermeisterin entfernt.

Zu 6. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass ihm bereits vorab sehr umfangreiche Anfrage eines Einwohners aus Rehagen bzgl. der bestehenden Satzung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung schriftlich per Mail zugegangen ist. Diese wurde bereits durch die zuständige Fachabteilung in der Verwaltung beantwortet. In Abstimmung mit dem Einreicher kann die Beantwortung der Fragen durch das Ordnungsamt per Mail sowie über das Ratsinformationssystem am nächsten Tag erfolgen.

Die Pächterin des Strandbades Klausdorf fragt nach, ob denn die auf der Festwiese geplante Veranstaltung am 04.09.2021 bereits durch die Verwaltung genehmigt wurde. Man kann diese Frage vor Ort leider nicht beantworten, da dies ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist. Die Einwohnerin erklärte daraufhin, dass sie diesbezüglich vom Bürgermeister zu dieser Sitzung eingeladen wurde. Da die zuständige Sachbearbeiterin Zurzeit nicht arbeiten ist, solle der Vertreter in der Verwaltung sich kurzfristig um diese Angelegenheit kümmern.

Ein Einwohner aus Mellensee erkundigt sich nach dem Stand der Fördermittelanfrage für den geplanten Radweg „Saalower Allee“. Da Niemand von der Bauverwaltung vor Ort ist, soll diese Frage intern in der Verwaltung geklärt und anschließend dem Einwohner schriftlich per Mail Auskunft erteilt werden.

Die stellvertretende Bürgermeisterin ergänzt, dass nach aktuellem Stand der Antrag gestellt sei und leider bisher immer noch keine Rückmeldung von der Fördermittelstelle vorliege.

Ein weiterer Einwohner aus Mellensee möchte in Bezug auf die laufende Gehwegsanierung im Ortsteil Klausdorf wissen, warum die in diesem Zusammenhang geplanten bzw. vom Bauausschuss zugesicherten Absicherungsmaßnahmen an den zwei abschüssigen Grundstücken nicht vorgenommen wurde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fragt nach, wo denn die beiden Grundstücke liegen. Ein Grundstück befindet sich an der Stelle, wo das Karnevals-Plakat immer hängt. Das andere befindet sich neben der kleinen Kneipe im Seitensprung.

Der Bauherr dieser Baumaßnahmen ist der Landesbetrieb Straßenwesen. In wie weit diese geplanten Absicherungsmaßnahmen vom LS berücksichtigt werden, können man daher nicht sagen. Dies soll nochmal intern durch die Bauverwaltung geprüft und anschließend eine Rückmeldung an den Einwohner gegeben werden.

Eine Einwohnerin der aus dem Ortsteil Saalow fragt zum TOP 13 an, warum sie auf Ihre Bewerbung in Bezug auf das Ehrenamt des Kinder- und Jugendbeauftragten noch keine Rückmeldung erhalten hat. Die Bewerbungsfrist ist schon seit zwei Monaten abgelaufen und es gab noch keine Informationen. Weiterhin erklärt sie, dass nach Ihrer Kenntnis insgesamt zwei Bewerber für dieses Ehrenamt vorhanden sind. Sie würde es gut finden, wenn nicht zwischen den beiden Bewerbern gewählt werden müsste, sondern beide Bewerber in dieses Ehrenamt eingesetzt werden. So wäre man flexibler bei der Ausübung dieses Ehrenamtes und die Kinder und Jugendlichen hätten sowohl einen männlichen als auch einen weiblichen Ansprechpartner.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass genau dieser Sachverhalt im Tagesordnungspunkt 13 in der Gemeindevertretung diskutiert werden soll. In diesem Zusammenhang sind einige Beschlüsse der Gemeindevertretung sowie die Änderung der Hauptsatzung vorab notwendig. Dies könne dann erst in den folgenden Sitzungen der Gemeindevertretung vorgenommen werden. Die Einwohnerbeteiligungssatzung, welche in dieser Sitzung beschlossen werden soll, ist diesbezüglich bereits angepasst worden. Außerdem gebe man ihr Recht, dass die Kommunikation mit den Bewerbern verbesserungswürdig sei und man zukünftig daran arbeiten werde.

Ein Veranstalter aus Zossen erklärt, dass die Auflagen der Verwaltung bzgl. von Veranstaltungen immer strenger werden und die Kosten dadurch stetig steigen. Er möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob denn die geforderten Schallpegelmessungen für alle Veranstaltungen gleichermaßen gelten. Des Weiteren erklärt er, dass sich die Mietpreise für die Festwiese

verdoppelt haben, da die Mitarbeiter der Verwaltung keine Übergaben bzw. anschließende Abnahmen der Festwiese an den Wochenenden durchführen sollen, obwohl laut Aussage des Ordnungsamtes die Bereitschaft der Mitarbeiter vorhanden wäre. Demzufolge müsse man die Festwiese nun für das komplette Wochenende mieten und den doppelten Mietpreis für zwei Tage entrichten. Er stellt nun die Frage, wo bzw. wann diese Entscheidung so getroffen wurde. Dem Vorsitzende der Gemeindevertretung ist dieser Sachverhalt unbekannt und bittet die Sachgebietsleiterin des Ordnungsamtes um eine kurze Stellungnahme.

Diese erklärt, dass alle Veranstalter zu den Schallpegelmessungen verpflichtet werden und diese zusammen mit einem Protokoll innerhalb von ein bis zwei Wochen bei der Verwaltung einzureichen sind. Außerdem habe der Bürgermeister festgelegt, dass die Mitarbeiter der Verwaltung keine Abnahme der Festwiese an den Wochenenden durchführen sollen. Daraus resultiert die Berechnung der doppelten Tagespauschale für die Festwiese.

Laut Aussage des Veranstalters habe er grundsätzlich 500€ für das gesamte Wochenende gezahlt, egal ob es ein oder mehrere Veranstaltungen waren. In einem persönlichen Gespräch in der Verwaltung erklärte der Bürgermeister, dass man die Möglichkeit nutzen solle um immer zwei Veranstaltungen hintereinander durchzuführen. Bei den letzten Veranstaltungen gab es deswegen schon viele Beschwerden von den Anwohnern, da die zum eine die Badestelle aufgrund der Geländeabsicherung nicht genutzt werden konnte und zum anderen wegen der erneuten Lärmbelästigung.

Da es ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist, kann diese Thematik an dieser Stelle nicht durch die Gemeindevertretung geklärt werden. Der Fragesteller solle dazu nochmal den Kontakt zur Verwaltung suchen.

Ein weiterer Veranstalter ergänzt hierzu, dass es rechtlich möglich sei, zwei Veranstaltungen an einem Tag parallel durchzuführen, vor allem wenn diese verschiedener Art sind und sich nicht gegenseitig stören. Es gebe in diesem Zusammenhang einen Konflikt mit der Pächterin des Strandbades Klausdorf, welche am ersten Septemberwochenende zeitgleich mit ihm eine Veranstaltung geplant habe. Er habe vom Bürgermeister in einem weiteren Gespräch die Zustimmung für die Durchführung erhalten mit dem Hinweis, diese Thematik nochmal in der Gemeindevertretersitzung anzusprechen.

Die Gemeindevertretung sollte sich nur auf eine Maximalanzahl von Veranstaltung in einem Kalenderjahr festlegen, was die stellvertretende Bürgermeisterin bestätigt.

Der Vorsitzende des BSK-Ausschusses übernimmt das Wort und erklärt, dass sich der BSK-Ausschuss bereits mit dieser Thematik auseinandergesetzt habe und man das machen könne bzw. solle, was im gesetzlichen Rahmen möglich ist. Eine Doppelveranstaltung wäre unter diesem Aspekt generell möglich, jedoch müsse die Gesamtlautstärke beider Veranstaltungen, welche zusätzlich als „seltenes Ereignis“ eingestuft wurden, berücksichtigt werden. Die gemeinsame Schallpegelmessung gestaltet sich dadurch etwas umständlicher. Man könne jedoch in der Gemeindevertretung festlegen, dass es zukünftig keine zeitgleichen Doppelveranstaltungen mehr in der Gemeinde gibt. Man sollte diese Gelegenheit jedoch nutzen, um diese seltene Situation zu testen. Die Veranstalter sollen sich hier gemeinsam absprechen, um sich nicht gegenseitig zu stören.

Der Ausschuss könne sich bei Bedarf anschließend nochmal mit dieser Thematik befassen.

Zu 7. BSV 115/24/2021 - Einrichtung eines Rufbus-Systems in der Gemeinde Am Mellensee

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung übergibt das Wort an den geladenen Gast Herrn Müller von der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming GmbH.

Dieser stellt den Mitgliedern der Gemeindevertretung sowie den anwesenden Gästen das geplante Rufbus-System in einer Präsentation vor. Dabei geht er auf die Rahmenbedingungen dieses Konzeptes, wie z.B. das mögliche Nutzungszeitfenster, die Buchungsmöglichkeiten und die Ausnahmeregelungen ein. Weiterhin stellt er die sich in den anderen Regionen bereits im Einsatz befindenden Rufbus-Systeme vor und geht auf die zukünftig geplanten Einsatzge-

bierte ein. Durch einen Verbund von mehreren Regionen würde der mögliche Zielbereich weiterwachsen und man könne auf die Bedürfnisse der Fahrgäste besser eingehen. Die anschließende Auswertung des Nutzungsverhaltens in den vorhandenen Rufbus-Systemen im Umland der Gemeinde Am Mellensee bestätigt den stetig wachsenden Erfolg dieses Konzeptes.

Das Mitglied der AdD fragt, inwieweit Jugendliche bei diesem Konzept berücksichtigt werden, da diese in den Nachtstunden an den Wochenenden Diskotheken oder andere Veranstaltungen aufsuchen.

Der Mitarbeiter des VTF erklärt, dass nach vorherigen Pilotversuchen die notwendigen Kosten dem Nutzen nicht entgegenstehen und man auch keine Konkurrenz für Taxiunternehmen sein möchte.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung möchte wissen, was für Fahrzeuge zum Einsatz kommen und ob diese altersgerecht bzw. barrierefrei ausgestattet sind.

Es werden hierfür Kleinfahrzeuge mit bis zu 8 Fahrgastplätzen von regionalen Fahrdienstleistern eingesetzt, welche derzeit schon zum Teil für die Beförderung von Pflegebedürftigen genutzt werden, wobei ein Transport von Fahrrädern ausgeschlossen wird.

Weiterhin sollte zu Beginn der Umsetzung dieses Konzeptes die prognostizierte Nachfrage in der Gemeinde mit vier Fahrzeugen abgedeckt werden können. Bei steigender Nachfrage könne man die Fahrzeuganzahl selbstverständlich anpassen. Es sind Fahrten im gesamten Zielgebiet – auch Orts- bzw. Landkreisübergreifend – möglich, wobei eine bestehende Software immer vorab prüft, ob eine andere bestehende Linienverbindung im gewünschten Zeitraum existiert. Dabei können alle Haltestellen unabhängig von dem bestehenden Liniennetz angefahren werden.

Das ehrenamtliche Mitglied des Nahverkehrsbeirates ergänzt, dass man aufgrund von regelmäßigen Auswertungen der gebuchten Fahrten langfristig neue Haltestellen an häufig angefahrenen Hotspots, z.B. am Strandbad Mellensee in der Gemeinde etablieren könne.

Beschluss-Nr. 286/24/2021

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Einrichtung eines Rufbus-Systems in der Gemeinde Am Mellensee in Kooperation mit dem Landkreis sowie den angrenzenden Städten Zossen und Trebbin.

Die anfallenden Gesamtkosten in Höhe von 120 Tsd. Euro pro Jahr werden je zur Hälfte vom Landkreis sowie von der Gemeinde Am Mellensee getragen.

Die finanziellen Mittel sind bei der Haushaltsplanung 2022/2023 einzuplanen.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Das Mitglied des Nahverkehrsbeirates gibt abschließend zu bedenken, dass trotz des positiven Beschlusses der Gemeindevertretung der Kreistag ebenfalls dem Beschluss für seinen Anteil zustimmen müsse, damit dieses Konzept in der Gemeinde Am Mellensee umgesetzt werden könne. Aus diesem Grund bittet er die Fraktionen, die Kreistagsarbeit leisten können, um entsprechende Unterstützung.

Zu 8. BSV 116/24/2021 - 1. Änderungssatzung zur Kita-Gebührensatzung der Gemeinde Am Mellensee

Die stellvertretende Bürgermeisterin geht kurz auf den Schreibfehler in Bezug auf die Betreuungszeiten im Hortbereich und die Anpassung in Bezug auf die Benutzungsgebühr ab zwei unterhaltsberechtigten Kindern ein.

Den Anpassungen wurden bereits im vorangegangenen Hauptausschuss zugestimmt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt nach, ob es mit dieser Änderungssatzung nun zwei Dokumente zur neuen Kita-Satzung sind.

Die stellvertretende Bürgermeisterin bestätigt dies, da es sich um eine Änderungssatzung handelt.

Beschluss-Nr. 287/24/2021

Die Gemeindevertretung Am Mellensee beschließt die sich in der Anlage befindliche 1. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung) - Gebührenordnung.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

Zu 9. BSV 117/24/2021 - Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass diese Satzung bereits in allen Ortsbeiräten sowie in den Ausschüssen zur Beratung gewesen war. Da es keine weiteren Fragen gibt, bittet er um Abstimmung.

Beschluss-Nr. 288/24/2021

Die Gemeindevertretung beschließt die sich in der Anlage befindende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Gemeinde Am Mellensee (Einwohnerbeteiligungssatzung).

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

Zu 10. BSV 118/24/2021 - B-Plan „Rehagener Bahnhofstraße“ in der Gemeinde Am Mellensee, OT Rehagen; Straßennamenbenennung der Planstraßen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass der Ortsbeirat Rehagen dieser Beschlussvorlage bereits seine Zustimmung erteilt habe.

Ein Mitglied der Fraktion UWG kritisiert, dass in der Anlage dieser Beschlussvorlage die geplanten Spielplätze nicht enthalten sind.

Es diesem Fall sind die Spielplätze auf dem Lageplan nicht eingezeichnet, da es bei dieser Beschlussvorlage nur um die Straßennamenbenennung gehe. Zukünftig sollen jedoch bitte die bereits von der Gemeindevertretung genehmigten Planzeichnungen der B-Pläne von der Bauverwaltung verwendet werden.

Beschluss-Nr. 289/24/2021

Die Gemeindevertretung beschließt die Straßennamenbenennung – im Geltungsbereich des B-Plans „Rehagener Bahnhofstraße“ im OT Rehagen – für die

- Planstraßen D, E, F-1, F-2, F-3, G und H zum „Zur Wache“
- Planstraßen I-1 und I-2 zum „Zum Wall“.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

Zu 11. Stellungnahme der Gemeindevertretung zur Thematik Naturpark „Baruther Urstromtal“

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass man sich in den letzten Monaten in allen Ausschüssen sowie der Gemeindevertretung ausreichend mit dieser Thematik befasst habe und jeder sich eine Meinung dazu bilden konnte.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee solle nun eine gemeinsame Stellungnahme zum Naturpark „Baruther Urstromtal“ abgeben, welche in die Kreistagssitzung am kommenden Donnerstag, den 19.08.2021 eingebracht werden solle. Das Votum der Gemeindevertretung wird dem Landkreis noch am morgigen Mittwoch schriftlich mitgeteilt. Es handle sich um keinen Beschluss, sondern nur um eine Empfehlung, da der Kreistag darüber entscheiden wird.

Die Fraktion UWG spricht sich für den Naturpark aus unter der Voraussetzung, dass die geplanten Flächen für die Windkraft- sowie Photovoltaikanlagen erhalten bleiben, die Denkmalplanung weiterhin berücksichtigt werde und das Wachstumspotential bzw. die Entwicklung der Gemeinde nicht gestört werde. Außerdem solle die Naturparkverwaltung in der Gemeinde Am Mellensee als zentraler Punkt des Naturparks integriert werden.

Die Fraktion CDU stimmt der Schaffung des Naturparks auch unter den von der UWG genannten Bedingungen nicht zu.

Das Mitglied der AfD spricht sich für den Naturpark aus, jedoch ohne die geplanten Windkraftanlagen, da er gegen die Errichtung von Windkrafträdern in einem Naturpark sei.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt hierzu, dass die Gemeinde verpflichtet ist, Windeignungsgebiete in der Gemeinde auszuweisen. In diesem Zusammenhang sei es sinnvoller, wenn die Windkrafträder gebündelt auf den festgelegten Windeignungsflächen - wie dem ehemaligen Militärflughafen - und nicht in der Nähe von dicht besiedelten Ortsteilen stehen.

Die Fraktion SPD sowie die Fraktion DIE LINKE befürworten ebenfalls den geplanten Naturpark. Laut Aussage der SPD könne es nur positive Effekte für den Tourismus haben.

Nachdem der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Meinungen der Fraktionen eingeholt hat, könne er zusammenfassend sagen, dass die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee der Etablierung eines Naturparks unter den Bedingungen, dass das in der Gemeinde ausgewiesene Windeignungsgebiet und die Flächen für die Photovoltaikanlagen sowie die Denkmalerhaltung weiterhin bestehen bleiben, dass das Wirtschaftswachstum sowie die Entwicklung der Gemeinde nicht ausgebremst wird und dass die Naturparkverwaltung in der Gemeinde Am Mellensee angesiedelt wird, mehrheitlich zustimmt.

Dieser formulierten Empfehlung stimmen sieben anwesende Gemeindevertreter zu. Vier Gemeindevertreter stimmen dagegen.

Zu 12. Information der Wahlleiterin und die daraus resultierende Sachlage für den Ortsteil Kummersdorf-Gut

Die stellvertretende Bürgermeisterin erklärt in ihrer Funktion als Wahlleiterin, dass aufgrund des Verzuges eines Mitgliedes des Ortsbeirates Kummersdorf-Gut der gesamte Ortsbeirat am 18.01.2021 aufgelöst werden musste.

Eine angesetzte Neuwahl des Ortsbeirates im Mai sowie eine geplante Nachwahl im September dieses Jahres ist leider in beiden Fällen gescheitert, da es keine Wahlvorschläge gab. Demzufolge gibt es in diesem Ortsteil aktuell keinen Ortsbeirat. Die nächste geplante Neuwahl wird erst zur nächsten Kommunalwahl in knapp drei Jahren stattfinden. Sollte dann wiederum eine Neuwahl scheitern, müsse die Hauptsatzung dementsprechend angepasst werden.

Aktuell wird der Ortsteil durch die Gemeindevertretung verwaltet. Wie und in welcher Form sei noch ungeklärt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung fasst nochmal zusammen, dass die Gemeindevertretung sämtliche Aufgaben des Ortsbeirates Kummersdorf-Gut übernimmt, solange es keinen neuen Ortsbeirat für diesen Ortsteil gibt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG schlägt vor, dass der Ortsteil Kummersdorf- Gut dem Ortsteil Sperenberg zugeordnet werde.

Die stellvertretende Bürgermeisterin erklärt hierzu, dass damals ein Gebietsänderungsvertrag beschlossen wurde, in welchem steht, dass jeder Ortsteil einen Ortsbeirat hat. Für eine Änderung müssten alle Gremien wieder zustimmen, dass die Ortsteile Kummersdorf-Gut und Sperenberg zu einem Ortsteil verschmelzen. Dies könne nicht kurzfristig passieren.

Ein weiteres Mitglied der Fraktion UWG fragt nach, ob man die Neuwahl für den Ortsbeirat vorziehen könne, wenn sich vorab freiwillige Kandidaten finden würden.

Auf Grundlage der rechtlichen Beratung durch den Landkreis könne eine Neuwahl erst wieder zur nächsten Kommunalwahl stattfinden.

Zu 13. Auswahl- und Berufungsverfahren für den Kinder- und Jugendbeauftragten

Hierzu wurden vorab einige Unterlagen von der einreichenden Fraktion DIE LINKE zur Verfügung gestellt.

Das anwesende Mitglied der Fraktion DIE LINKE fragt bei der stellvertretenden Bürgermeisterin an, ob denn eine Anpassung der Hauptsatzung in Hinblick auf die Anzahl des Ehrenamtes Kinder- und Jugendbeauftragter möglich bzw. notwendig wäre, da die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nur von einer Person spricht.

Die stellvertretende Bürgermeisterin erklärt, dass auf Wunsch der Gemeindevertretung die Änderung der Anzahl des Kinder- und Jugendbeauftragten in der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee beschlossen werden möge, damit diese in der Folgesitzung dementsprechend angepasst werden kann. Die Hauptsatzung ist die einzige Satzung, welche der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg angezeigt werden muss. Diese hat dann die Möglichkeit die geänderte Hauptsatzung zu überprüfen bzw. zu beanstanden. Man müsse in diesem Fall die Reaktion abwarten.

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE geht auf den von ihnen nachgereichten Antrag ein und erklärt, dass es mit der Besetzung des Ehrenamtes Kinder- und Jugendbeauftragte/r mit maximal drei Mitgliedern viele Vorteile gebe und man dadurch wesentlich flexibler auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingehen könne. Die Mitglieder des Ehrenamtes sollen dabei die Rechte und Pflichten als Gremium wahrnehmen. Entscheidungen sollen mehrheitlich innerhalb des Gremiums getroffen werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bestätigt die Meinung des Vorredners und ergänzt, dass man sich die Arbeit dadurch untereinander aufteilen könne, da die Gemeindefläche doch schon sehr groß sei. Mit dem anschließenden Beschluss der Gemeindevertretung könne die Änderung der Hauptsatzung in der Sitzung der Gemeindevertretung im Oktober angegangen werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass „mit maximal drei Mitglieder“ außerdem nicht bedeute, dass man das Ehrenamt immer mit drei Mitgliedern besetzen müsse

Beschluss-Nr. 290/24/2021

Die Gemeindevertretung beschließt die Besetzung des Ehrenamtes Kinder- und Jugendbeauftragte/r der Gemeinde Am Mellensee mit maximal 3 Personen.

Diese nehmen ihre Rechte und Pflichten als Gremium wahr.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 14. MV 12/24/2021 - Stand des Haushaltsvollzugs zum 30.06.2021

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt hierzu, dass in den Unterlagen die entsprechenden Ausführungen der Kämmerei vermerkt sind.
Es liegen keine weiteren Fragen der Gemeindevertretung dazu vor.

Zu 15. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Die stellvertretende Bürgermeisterin geht auf die kurzfristig eingereichten Fragen eines Mitgliedes der Fraktion UWG ein und beantwortet diese.

1. Stand Anbau Sporthalle - Geräteraum

Es fand eine Besichtigung mit allen Beteiligten vor Ort statt. Im Ergebnis wollte sich der Ortsvorsteher mit einem Ingenieurbüro in Verbindung setzen, um die anfallenden Kosten zu ermitteln (Anbau Sporthalle und Abriss Lagerraum).

Der Ortsvorsteher des Ortsteils Sperenberg ergänzt, dass nach der Urlaubszeit ein Kostenplan erstellt und die Kosten im Haushalt eingeplant werden sollen.

2. Stand Baugenehmigung Kita Rehagen

Man habe die Zusage erhalten, dass diese bis Ende August in der Verwaltung vorliege. Der Bürgermeister hat gestern, den 16.08.2021 versucht, den zuständigen Bearbeiter (Förster-Schütz) zu erreichen. Dieser ist bis zum 27.08.2021 nicht erreichbar. Laut Aussage der Vertretung liegen wohl noch nicht alle Zuarbeiten von den beteiligten Ämtern vor.

3. Luca Warn App nicht in TF aktiviert, wird jedoch von einigen genutzt – ist eine Info und Alternativlösungen über die Homepage der Gemeinde möglich?

Die Luca App dient der schnellen und lückenlosen Kontaktverfolgung im Austausch mit den Gesundheitsämtern. Da diese aufgrund der laufenden Datenschutzüberprüfung noch nicht in Landkreis TF eingesetzt wird, wird wohl der Austausch mit dem Gesundheitsamt nicht korrekt funktionieren. Die Gemeinde sei jedoch nicht dafür zuständig, dies zu ermöglichen oder den korrekten Austausch herzustellen. Die Bürger*innen können in Eigenständigkeit diese App nutzen und sich bei den Veranstaltungen (wenn angeboten) per QR-Code registrieren. Sollte dies nicht der Fall sein, liegen meistens Kontaktlisten zum Eintragen vor Ort aus. Dies liegt in der Entscheidung des Veranstalters. Die Gemeinde sei auch nicht verpflichtet, Alternativlösungen für die Registrierung der Bürger in Restaurants, Kinos & sonstigen Einrichtungen zu finden.

Der Einreicher der Fragen erklärt, dass die Unternehmer sowie die Veranstalter nicht wissen, dass die Nutzung dieser App nicht aktuell sinnvoll sei, da die Funktion sowie die Schnittstelle zum Gesundheitsamt nicht gegeben sind. Aus diesem Grund möge doch ein entsprechender Hinweis dazu für alle Einwohner und Nutzer dieser App auf der Gemeindeseite erfolgen.

4. Warum wurde die Personalbedarfsplanung 2022-2027 lt. Beschluss-Nr. 281/23/2021 der 23. Sitzung nicht als extra TOP aufgeführt?

Die Mitglieder des Hauptausschusses haben in Ihrer Sitzung am 05.07.2021 dem Bürgermeister Aufschub bis zur September-Sitzung gegeben.

Der Bürgermeister lässt in diesem Zusammenhang über den Vorsitzenden der Gemeindevertretung ausrichten, dass die Personalzahlen bereits vollständig vorliegen, jedoch die Raumplanung noch nicht komplett abgeschlossen sei.

5. Stand Herstellung einer 80m-Laufbahn sowie einer Weitsprunganlage auf dem Schulsportplatzgelände in der Grundschule im OT Sperenberg

Die Fördermittelbewilligung für beide Sportanlagen liegen der Verwaltung vor. Es muss nun ein Planer gefunden werden, der diese Maßnahme ausführt.

6. aktueller Stand Risiko Gefahrenanalyse

Die Gefahren- und Risikoanalyse wurde bereits abgeschlossen. Im Ergebnis wurde am 03.08.2021 ist ein Krisenstab, bestehend aus dem Bürgermeister sowie den Teamleitern, gebildet.

7. Stand zur Kitabedarfsplan vom Landkreis – Die gesetzte Frist der GV ist abgelaufen. Gab es eine Erinnerung der Verwaltung nach Fristablauf?

Die Verwaltung stehe des Öfteren mit der zuständigen Mitarbeiterin in Verbindung. Es werden noch die Zahlen der Zu- sowie Wegzüge aus der Gemeinde von 2019 bis 2020 benötigt. Zurzeit ist das Einwohnermeldeamt allerdings nicht besetzt. Außerdem sei der Arbeitsaufwand durch die aktuelle Wahlvorbereitung sehr hoch und man müsse sich zusätzlich noch mit der neuen Software im Einwohnermeldeamt auseinandersetzen. Deshalb komme es diesbezüglich zu Verzögerungen.

8. Aktueller Stand Friedhofskalkulation – wann wird diese vorgelegt (jährlicher Schaden derzeit ca. 100.000 pro Jahr – nun schon im 3. Jahr)?

Die Friedhofskalkulation liegt in der Verwaltung vor und soll im Finanzausschuss im September von dem externen Unternehmen vorgestellt werden.

9. Stand Gehwegs Planung, die für 2020 angesetzt war (Ausführung für 2021 geplant)

Bei einem ersten Termin am Donnerstag, den 19.08.2021 sollen die ersten Streckenabschnitte vorgestellt werden.

10. Stand Brücke Küsterweg

Die Bauarbeiten diesbezüglich sind am gestrigen Tag, den 16.08.2021 begonnen worden.

11. Stand Radweg Saalow

Diese Frage kann von der stellvertretenden Bürgermeisterin nicht beantwortet werden, da ihr keine neuen Informationen aus der Bauverwaltung vorliegen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bedankt sich für die Beantwortung der Fragen.

Des Weiteren liegt ihm eine schriftlich eingereichte Anfrage von dem Mitglied der Freien Wähler vor. Hier geht es eine Anfrage eines Einwohners bzgl. der fehlenden Ergänzung zu einem Straßenschild vom 02.05.2021. Er habe bisher aus der Verwaltung weder eine Eingangsbestätigung noch eine Antwort auf seine gestellte Anfrage erhalten. In diesem Zusammenhang möge doch mal dieser Sachverhalt zeitnah durch die Verwaltung geprüft und die Kommunikation mit den Einwohnern generell optimiert werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG kritisiert den Einsatzort des angeschafften Verkehrszählungs-Smileys in der Gemeinde Am Mellensee. Dieser sollte schon längst im Ortsteil Saalow hängen, so wie es mal vereinbart wurde. Außerdem sei dieser außer Betrieb.

Die Sachgebietsleitung des Ordnungsamtes erklärt hierzu, dass aufgrund des Schulbeginns der Verkehrs-Smiley vorübergehend vor der Schule in Mellensee hängt. Zusätzlich sei hier ein Zeitprogramm, angepasst an die Schulzeiten, voreingestellt. Deshalb ist dieser nicht immer aktiv. Auf eine Nachfrage ergänzt sie, dass der Smiley überall angebracht werden könne, jedoch die Halterungen dafür sehr kostenintensiv sind. Nach der aktuellen Verkehrszählung soll der Verkehrssmiley in Saalow zum Einsatz kommen.

Ein Mitglied der Fraktion SPD erklärt, dass er zusammen mit einem weiteren Mitglied der SPD in der vorherigen Woche einen Vor-Ort-Besichtigung im Finkenschlag im Ortsteil Klausdorf hatte. Es ging dabei um den schlechten Straßenzustand nach den abgeschlossenen Baumaßnahmen. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob man die Bauunternehmen in die Pflicht nehmen könne, um diese Straßen nachzubessern.

Dies soll zeitnah durch die Bauverwaltung geprüft werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG geht auf die neue Verschattungsanlage an der Grundschule Sperenberg ein und erklärt, dass die Anlagen nicht an den Räumen angebracht wurden, wo sie zwingend notwendig gewesen wären. Er habe aus der Bauverwaltung die Information erhalten, dass nichts mehr von den eingeplanten Geldern vorhanden sei, um die anderen Räume ebenfalls zu verschatten. Teilweise seien Gelder ohne Zustimmung der Gemeindevertretung auf andere Objekte umgeschrieben worden. Wenn die Anlagen nicht spätestens bis zum nächsten Frühjahr vorhanden sind, sei ein Unterricht in diesen Räumen nicht mehr möglich.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ergänzt hierzu, dass er von der Schule eine Zuarbeit mit regelmäßigen Temperaturmesswerten in den Räumen ohne bzw. mit Verschattungsanlage erhalten habe. In den Räumen ohne Verschattungsanlagen hängen zwar Rollos, jedoch könne man dann nicht mehr ordentlich lüften. Wenn die Rollos oben sind, werden die Kinder von den Sonnenstrahlen geblendet. Die Räume heizen sich so auf ca. 27 Grad auf. Aus diesem Grund müsse hier nochmal bis zum Frühjahr 2022 nachgerüstet werden.

In diesem Zusammenhang solle vom Bürgermeister bis zum nächsten Finanzausschuss eine Aufstellung erarbeitet werden, aus der die für die Verschattung im Haushalt eingeplanten sowie die verwendeten Gelder hervorgehen. Außerdem möge aufgezeigt werden, warum und für was die dafür eingeplanten Gelder wohlmöglich umgeschrieben wurden. Man müsse daraufhin weitere finanzielle Mittel nachsteuern. Man könne in diesem Fall nicht bis zum Beschluss des neuen Haushalts abwarten, da die Bauverwaltung eine entsprechende Vorlaufzeit aufgrund der notwendigen Ausschreibung benötige.

Die Zuarbeit der Schule mit den Temperaturmesswerten werde nachträglich nochmal an alle Gemeindevertreter sowie an die Verwaltung verschickt.

Ein Mitglied der Fraktion SPD fragt, wie der Stand der Besetzung der geplanten Fördermittelstelle in der Verwaltung ist.

Die stellvertretende Bürgermeisterin erklärt hierzu, dass es einige Bewerbungen auf diese Stelle gab, jedoch die Bewerber nachträglich wieder abgesprungen sind, da sie ein Alternativangebot angenommen haben. Die Bewerbungsfrist der neuen Ausschreibung läuft noch bis zum 27.08.2021. Deshalb müsse man hier noch Geduld haben.

Zu 16. Sonstiges

Auf Bitte des Bürgermeisters möge die Gemeindevertretung nochmal darüber diskutieren, wieviel Veranstaltungen auf der Festwiese genehmigt werden können, da es schon einige Beschwerden der Anwohner gegeben habe. Diese Thematik sollte auch nochmal vom Ortbeirat Klausdorf diskutiert werden.

Der Vorsitzende des BSK-Ausschusses erklärt, dass laut geltender Verordnung Veranstaltungen als seltenes Ereignis auf zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden rechtlich möglich sind. Man sollte hier dann auch den Sonntag mit nutzen. Weiterhin geht er kurz auf die weiteren zu beachtenden Bestimmungen bzgl. der Veranstaltungen, z.B. die zugelassene Lautstärke ein.

Die stellvertretende Bürgermeisterin stellt den Antrag auf Anwesenheit und Rederecht der Kämmerin im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Beschluss-Nr. 291/24/2021

Die Gemeindevertretung beschließt die Anwesenheit sowie Rederecht für die Teamleiterin der Kämmerei im nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei allen Gästen sowie den Mitarbeitern der Verwaltung.

Am Mellensee, den 26.08.2021

M. Tscherwinka
Vors. der Gemeindevertretung